

„Schulamnt muss bleiben“

OB kritisiert Verlegung

Hanau (pm/bac). „Das Hanauer Schulamnt aufzulösen und nach Fulda zu verlegen, ist unzumutbar für Eltern und Lehrer und würde die Situation auch für den Schulträger deutlich erschweren!“ sind sich Oberbürgermeister Claus Kaminsky und Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold einig. Anlass für die Kritik sind die Sparpläne des Hessischen Kultusministeriums für die Schulverwaltung, die jüngst bekannt wurden (der HA berichtete).

So soll es landesweit künftig nur noch sechs statt 15 Staatliche Schulämter geben, die jeweils für rund 300 Schulen und 120 000 bis 150 000 Schüler zuständig wären. Zu den Schulämtern, die den Kürzungen zum Opfer fallen sollen, zählt neben Bebra, Friedberg, Fritzlar, Heppenheim, Marburg, Offenbach, Rüsselsheim und Weilburg auch das Staatliche Schulamnt in Hanau. Künftig soll das Schulamnt im 90 Kilometer entfernten Fulda für Hanau und den Main-Kinzig-Kreis zuständig sein. Derzeit werden von Hanau aus von rund 50 Mitarbeitern rund 150 Schulen und 3500 Lehrkräfte betreut.

„Es ist realitätsfremd zu erwarten, dass Vertreter von Schulen, Elternschaft und städtischem Schulamnt ständig die 90 Kilometer nach Fulda pendeln“, ärgert sich Piesold. Selbst das Kultusministerium in Wiesbaden liege 30 Kilometer näher an Hanau als das zukünftige Schulverwaltungsamt. „Das würde die Arbeit aller Beteiligten unnötig erschweren und ist schlicht unpraktikabel.“ Die staatlichen und städtischen Schulverwaltungsämter hätten regelmäßig gemeinsame Termine, wie Inklusionsbeirat oder AG Sicherheit und Schule, die dann nicht mehr stattfinden könnten, glaubt der Schuldezernent. „Wir brauchen unbedingt ein Schulamnt in Hanau!“ Die Entscheidung für Fulda sei beim Kultusministerium in Wiesbaden vom Schreibtisch aus getroffen worden, ohne die wirtschaftsgeografische und demografische Entwicklung in der Region zu berücksichtigen, bemängeln Kaminsky und Piesold. „Die Zahl der Schüler auf dem Land nimmt ständig ab und die in der Stadt dafür zu. Dieser, für den Ballungsraum der Metropolregion Rhein-Main, wichtige Aspekt wurde nicht berücksichtigt.“

Das Einsparpotenzial dieser Maßnahme sei nicht ersichtlich, da die Zahl der Arbeitsplätze beim staatlichen Schulamnt ja bekanntermaßen erhalten bleibe und die Schulamntsmitarbeiter aus Hanau als Resultat lediglich drastisch längere Fahrzeiten in Kauf nehmen müssten, stellten die Dezernenten fest.

„Erst Arbeitsgericht, jetzt Schulamnt“

„Erst verliert Hanau das Arbeitsgericht, nun auch das Staatliche Schulamnt. Und das wird nicht die letzte Kürzung sein, die Hanau treffen wird“, mutmaßt auch Jochen Dohn, der Hanauer Fraktionsvorsitzende der Linken. Für Dohn entfernt sich die CDU-FDP-Landesregierung immer weiter von den Kommunen und den Bürgern: „Die Wiesbadener Ministerialbürokratie hat keinen Bezug zu den Problemen vor Ort, ob es sich um die Verlagerung beziehungsweise Schließung von Gerichten und Schulämtern oder um die Kürzungen im sozialen Bereich sowie beim Kommunalen Finanzausgleich handelt.“

Heute Abend wird die Stadtverordnetenversammlung über eine Resolution abstimmen, in der die Landesregierung aufgefordert wird, die Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich von rund 340 Millionen Euro zurückzunehmen. Nach Ansicht der Linken wäre dies durch die steigenden Steuereinnahmen möglich.